

Brüsseler Urlaubspardies

Bis zu 67 freie Tage im Jahr – EU-Beamte müssen um Pfründe fürchten

EU-Beamte mit fünfstelligen Monatsgehältern haben dazu Anspruch auf großzügigen Urlaub und Überstundenausgleich. Das Europaparlament will an den Privilegien der Brüsseler Staatsdiener rütteln.

WILHELM HÖLKEMEIER

Wer träumte davon nicht? Eine Vollzeitstelle mit einem Grundgehalt von mehr als 10 000 Euro im Monat, dazu bis zu 67 freie Tage im Jahr, also gute 13 Wochen – da lässt sich das Ende des Berufslebens auch im trockenen Brüsseler Büroalltag fern der Heimat gut ertragen. Nicht wenige altgediente EU-Beamte können sich an diesem privilegierten Status erfreuen, der in Zeiten von Finanzkrisen und staatlichen Sparzwängen nicht mehr angebracht erscheint.

Dank des seit Anfang 2010 geltenden Lissabon-Vertrags, der dem Europaparlament erstmals Mitspracherechte bei der Bestellung der EU-Staatsdiener zugesteht, rückt dieses Thema nun ins Licht der Öffentlichkeit. Im Lauf dieses Jahres soll das Personalstatut, das die Bedingungen für die EU-Beschäftigten festlegt, überarbeitet werden. Gelegentlich also, einige nicht mehr zeitgemäße Pfründe auf den Prüfstand zu stellen.

Denn als in den 50er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts mit Montanunion und EWG auch der europäische öffentliche Dienst ins Leben gerufen wurde, gingen die Uhren noch anders. Fliegen war Luxus und im Zeitalter der Dampflok war es angemessen, weit von Brüssel entfernt lebenden Beamten Sonderurlaub für eine Reise in die Heimat zuzubilligen. Der wurde stufenweise je nach Entfernung festgesetzt, maximal sechs Tage ab 2000 Eisenbahn-Kilometern von Brüssel. Heute allerdings sind das südspanische Sevilla und das portugiesische Lissabon von Brüssel in drei Stunden, Rom in zwei Stunden für jedermann per Direktflug erreichbar – EU-Beamte von dort genießen gleichwohl das fast 60 Jahre alte Sonderurlaubs-Privileg immer noch.

Die Heidenheimer Europaabgeordnete Inge Gräßle, CDU-Haushaltsexpertin in der Straßburger Volksvertretung, staunte, als sie durch eine Anfrage bei der EU-Verwaltung darauf aufmerksam wurde. Allein durch den Sonderurlaub für eine Heimfahrt jedes Jahr, so fand sie heraus, gingen 2009 der Kommission 100 401 Arbeitstage verloren – umgerechnet 530 Mitarbeiterstellen.



Geht der EU-Beamte auf Reisen, zahlt der Steuerzahler oft die Rechnung. Nun sollen die Privilegien auf den Prüfstand. Foto: Getty Images

Die Verteidigung der Privilegien des 20. Jahrhunderts allerdings hat die Brüsseler Institutionen keineswegs daran gehindert, an den Fortschritten der Gegenwart teilzuhaben. So wurde für EU-Staatsdiener 2007 die „gleitende Arbeitszeit“ eingeführt. Damit können sich Beamte

in Brüssel oder Luxemburg zu ihrem regulären Urlaub bis zu 24 freie Tage im Jahr „verdienen“.

Denn wer – es gilt die eigene Erfassung – mehr als 37,5 Stunden in der Woche im Dienste der EU tätig ist, darf die geleistete Mehrarbeit mit zwei freien Tagen pro Monat ab-

feiern. Mehr als 40 Prozent der Spitzenverdiener in Brüssel, so fanden die Haushaltskontrolleure des Parlaments heraus, nehmen diese Vergünstigung für sich in Anspruch. Dabei geht es um Referatsleiter, Direktoren und Generaldirektoren der Besoldungsstufen AD 12 bis AD 16. Grundgehälter für deren unterste Dienstalterstufe: 10 324,20 Euro (AD12) bis 16 919,04 Euro (AD 16). Plus 16 Prozent Auslandszuschlag.

Mitsamt regulärem Urlaubsanspruch auf 24 bis 30 Tage (je nach Alter) und bis zu 18 bezahlten Feiertagen (in Deutschland sind davon nur

Für Überstunden gibt es bis zu 24 Ausgleichstage

neun gesetzliche Feiertage) kann so ein altgedienter EU-Bürokrat auf 67 arbeitsfreie Werkstage kommen.

Dass Spitzenkräfte einen Freizeitausgleich für Mehrarbeit erhalten und Sonderurlaub plus Spesen für eine Heimreise (egal, ob und wie sie tatsächlich reisen), geht der Christdemokratin Gräßle gegen den Strich: „Von den EU-Bürgern erwartet die Kommission Fremdsprachenkenntnis im Job, Mobilität weltweit und Arbeiten bis 70. Von den Mitgliedstaaten erwartet sie einen harten Sparkurs und ein Herunterschneiden von Privilegien im öffentlichen Dienst. Und von sich selbst erwartet sie, dass ihre Privilegienwirtschaft einfach so weitergeht. Das kann man keinem Menschen erklären, schon gar nicht, wenn er weniger hat und dieses System mitfinanzieren muss.“

In der Kommission reagiert man schmallippig. Es gebe viele EU-Beamte, die länger arbeiteten, als sie müssten und keinesfalls dürfe man Gleitzeitausgleich mit Urlaub gleichsetzen, erklärt ein Sprecher. Auch im Europaparlament hält sich der Eifer, die Privilegien der EU-Beamten in Frage zu stellen, durchaus in Grenzen. Denn gerade die Abgeordneten, ständig auf Achse zwischen Brüssel, Straßburg und Wahlkreis, sind auf qualifizierte Zuarbeit aus Brüsseler Amtsstuben angewiesen.

Doch nun scheinen die Fakten ihre Wirkung zu tun. So hat die ohnehin traditionell EU-kritische CSU bei ihrer Klausurtagung in Wildbad Kreuth Anfang Januar bereits angekündigt, die Privilegien der EU-Beamten zu überprüfen. Steuerfreie Zulagen, automatische Lohnerhöhungen und großzügiger Sonderurlaub wurden ausdrücklich genannt. Denn, so die Begründung, es gebe heute genug Menschen, die als EU-Beamte arbeiten wollten.

Reden gegen das Vergessen

Sinti-Vertreter spricht heute im Bundestag

Es ist ein Novum: Als erster Sinti wird Zoni Weisz heute vor dem Bundestag sprechen. Anlass ist der Holocaust-Gedenktag. Der 73-Jährige verbindet mit dieser Zeit selbst eine leidvolle Geschichte.

ELISABETH ZOLL

„Mouza, Mouzla, kümmere dich gut um meinen Jungen.“ Das sind die letzten Worte, die Zoni Weisz von seinem Vater hört. Mouzla ist ein niederländischer Polizist, der im Widerstand gegen Hitler aktiv ist. Zoni, oder Johan, wie der Bub in offiziellen Dokumenten heißt, ein Siebenjähriger, der in besagter Minute an jenem 19. Mai 1944 seine ganze Familie verlor. Vater, Mutter, Schwestern und Bruder waren in Zugwaggons eingepfercht. Im sogenannten „Zigeunertransport“ wurde die Sinti-Familie vom Polizeilichen Judendurchgangslager Westerbork ins Konzentrationslager Auschwitz gebracht.

Drei Tage zuvor hatten die Nazis zum großen Schlag gegen Sinti und Roma in den Niederlanden ausgeholt. In landesweiten Razzien wurden Tausende verhaftet, auch die Familie Weisz aus Zutphen. Nur der siebenjährige Junge war an diesem Morgen nicht zu greifen. Er hatte den Morgen bei einer Tante verbracht, die sich in einem kleinen Dorf versteckte.

Die Nachricht von der Verhaftung seiner Angehörigen trifft Zoni Weisz wie ein Schlag. „Es gibt keine Wörter, die dieses Gefühl beschreiben“, sagt der Niederländer heute. „Du bist überwältigt von Angst, Panik und Verzweiflung.“

Er versteckt sich drei Tage und drei Nächte lang im Wald, wird dann aber aufgegriffen und in einem 30 Kilometer langen Fußmarsch zur Bahnstation in Assen gebracht, wo der „Zigeunertransport“ einen kurzen Stopp einlegen sollte. Zoni Weisz wäre in den Zug eingestiegen, in dem auch seine Eltern waren, hätte ihm nicht ein Polizist eingeschärft: „Wenn ich meinen Hut abnehme, musst Du fliehen.“

Das Signal kommt, der Junge rennt. Im Hintergrund hört er den Ruf des Vaters. Zoni Weisz überlebt, als einziger seiner unmittelbaren Familie. 500 000 bis eine Million Sinti und Roma aus ganz Europa werden in den Vernichtungslagern vergast oder in ihren Heimatländern ermordet. Doch mit dem Gedenken tut sich die Nachwelt schwer. „Es ist ein vergessener Holocaust“, sagt Weisz. Der heute 73-Jährige hat es sich zur

Aufgabe gemacht, an das Schicksal der Vergessenen zu erinnern. Doch Weisz schaut nicht nur zurück. Er kämpft auch gegen die aktuelle Stigmatisierung der Sinti und Roma in Europa. Deren Ausgrenzung war am Ende des Krieges nicht vorbei.

Weisz vergisst das nicht. Als junger Mann entdeckt er die Liebe zur Floristik. 1962 startet er einen eigenen Blumenhandel, gründet bald eine Ausstellungs- und Veranstaltungsgesellschaft und zählt heute zu den bekanntesten Vertretern der holländischen Blumenindustrie. Mit seinen Dekorationen hat er sich einen Namen gemacht. Lange Zeit arbeitet er auch für das holländische Königshaus. Königin Beatrix ernannte ihn 2002 zum Offizier des Ordens von Oranien-Nassau.

Viele Festsäle hat Weisz mit Blumen geschmückt. Nur bei einer Anfrage stockte er, als nämlich das niederländische Parlament dem Deutschen Bundestag zu dessen 50-jährigem Bestehen ein Blumenkunstwerk schenken wollte. „Als Überlebender des Holocaust habe ich gezweifelt, ob ich diesen Auftrag annehmen soll.“ Er ringt sich durch und ist heute froh darüber: „Gerade dort, im Deutschen Bundestag, konnte ich zeigen, dass die Nazis uns nicht alle haben ermorden können, und dass wir das Leben wieder in die Hand genommen und etwas daraus gemacht haben.“



Der einzige Überlebende seiner Familie: Zoni Weisz. Foto: Rogier Fokke

Holocaust-Gedenktag

Als erster Vertreter der Sinti wird Zoni Weisz heute im Bundestag reden. Anlass ist der Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, der am 27. Januar, dem Tag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz 1945, begangen wird. In Berlin steht er diesmal im Zeichen der Verfolgung von Sinti und Roma. Bundespräsident Christian Wulff reist zur Gedenkfeier nach Polen und wird dort – als erster Bundespräsident – eine Rede halten. eb

Einen neuen Wilden Westen verhindern

Sicherheitskonferenz-Leiter Wolfgang Ischinger über Abrüstung, Krisenherde und die Gefahren eines Cyber-Krieges

Bei der Münchner Sicherheitskonferenz steht in der kommenden Woche neben Klassikern auch das Thema „Cyberwar“ auf der Agenda. Konferenzleiter Wolfgang Ischinger legt den Sicherheitsbegriff weit aus.

GUNTHER HARTWIG

Herr Botschafter, bei der Münchner Sicherheitskonferenz sind Amerikaner und Russen hochrangig vertreten. Wird es dort neue Impulse für die atomare Abrüstung geben, die über den Start-Vertrag hinausgehen?

WOLFGANG ISCHINGER: Es ist ja erfreulich, dass nach der Überwindung der Schwierigkeiten auf amerikanischer Seite das Ratifizierungsverfahren auch auf russischer Seite vollzogen wurde. Damit ist der neue Start-Vertrag unter Dach und Fach. Nun stehen wir vor der nächsten und in meinen Augen sehr viel komplizierteren Hürde: Wie können weitere Schritte der Abrüstung und Rüstungskontrolle eingeleitet werden, die überfällig sind?

Was ist denn besonders dringlich? ISCHINGER: Wir dürfen nicht vergessen, dass der KSE-Vertrag zur konventionellen Rüstung in Europa seit Jahren in der Kurve hängt. Hier ist noch viel gegenseitiges Vertrauen aufzubauen, im konventionellen wie im nuklearen Bereich.

Das wird uns auf und am Rande der Konferenz intensiv beschäftigen.

Die Zusammenarbeit zwischen der Nato und Russland bei der geplanten Raketenabwehr ist über bloße Ankündigungen nicht hinausgekommen. Steckt die Initiative in der Sackgasse?

ISCHINGER: Ich hoffe nicht, sehe aber, dass es entschlossener Tatkraft bedarf, um Fortschritte zu erreichen. Die Vorstellungen über eine gemeinsame Raketenabwehr sind bislang nicht deckungsgleich in den beteiligten Hauptstädten. Ich bin mit einigen Mitstreitern wie dem früheren russischen Außenminister Sergej Iwanow und Ex-Senator Sam Nunn der Auffassung, dass eine solche Zusammenarbeit nicht nur von großer Symbolkraft für eine künftige euro-atlantische Sicherheitsgemeinschaft wäre, sondern dass sie auch den Vertrauensaufbau zwischen den militärischen Establishments vorantreiben würde, der mehr als alles andere die Kooperation zwischen der Nato und Russland befördert. Diese Beziehungen müssen im Kern demilitarisiert werden. Auch wenn das Ende des Kalten Krieges mehr als 20 Jahre zurückliegt, denken wir beim Verhältnis zwischen Russland und dem Westen immer noch überwiegend in militärischen Kategorien. Das muss überwunden werden. Wir stehen vor gemeinsamen Herausforderungen, wie der Terroranschlag in Moskau gerade wieder gezeigt hat.



Es gibt viel Eskalationspotenzial, sagt Wolfgang Ischinger. Foto: dapd

Bestens vernetzt

Wolfgang Ischinger (64), ist seit 2008 Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz. Der in Beuren bei Nürtingen geborene Diplomat war zuvor Planungschef und Politischer Direktor im Auswärtigen Amt, Botschafter in Washington und London. Der Jurist gilt als international bestens vernetzt und machte sich einst als einer der Väter des Dayton-Abkommens um den Frieden auf dem Balkan verdient. gha

Die Idee einer euro-atlantischen Sicherheitsgemeinschaft klingt gut. Aber müssen angesichts ungelöster Probleme im Kaukasus und auf dem Balkan nicht erst die regionalen Konflikte entschärft werden?

ISCHINGER: Das eine muss mit dem anderen Hand in Hand gehen. Es war richtig von der Bundesregierung, gemeinsam mit der russischen Führung eine Initiative zur Lösung des Transnistrien-Konflikts zu ergreifen. Das ist einer dieser zahlreichen „eingefrorenen Konflikte“ im Südosten Europas, die ungelöst sind. Ähnliches gilt für den Konflikt zwischen Armenien und Aserbeidschan, aber auch für Regionen im Herzen Europas, wenn man nur an den Kosovo denkt, der als Staat noch nicht allgemein anerkannt ist. Diese Konflikte bergen Eskalationspotenzial, und wer wirklich Frieden und Stabilität in Europa will, muss sich auch um diese Regionen kümmern.

Die Revolution in Tunesien kann auf arabische Nachbarn und den Nahen Osten ausstrahlen. Wie brisant ist die Lage dort?

ISCHINGER: In diesem Ereignis liegt nicht zuletzt eine Bewährungschanche für die Europäische Union, die das Geschehen im Vorfeld des Volksaufstands nicht richtig eingeschätzt hat, wozu sich inzwischen sogar die französische Regierung bekennt. Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass sich die EU immer erst an ihre menschenrechtlichen

Verpflichtungen erinnert, wenn mal irgendwo ein Diktator zum Teufel gejagt worden ist und man dann ohne Angst vor den Folgen Beifall klatschen kann. Wir müssen auch dort, wo immer noch Zustände nicht in Ordnung sind, die demokratischen Kräfte unterstützen. Die positiven Signale der EU an die sich entwickelnden demokratischen

„Kein Jahrestreffen von Kriegstreibern und Rüstungslobby“

Kräfte in Tunesien sind richtig, ähnliche Zeichen müssen an die Opposition in Weißrussland gehen.

Die Münchner Konferenz befasst sich auch mit der Sicherheit im Internet. „Cyber Security“ heißt das Zaubervort. In früheren Jahren ging es schon um die Energieversorgung, den Klimawandel und religiösen Fundamentalismus als globale Sicherheitsrisiken. Franst der Sicherheitsbegriff nicht allmählich aus, wenn man ihn um immer weitere Aspekte ergänzt?

ISCHINGER: Das Gegenteil ist richtig. Ich verfolge mit der Ausweitung des Sicherheitsbegriffs auch das Ziel, dem Eindruck von Konferenzgegnern und Demonstranten entgegenzuwirken, es handele sich um das Jahrestreffen von Kriegstreibern und Rüstungslobbyisten. Das ist für alle, die an der Konferenz jemals teil-

genommen haben, erkennbar Quatsch, aber man muss es nach außen auch erklären. Deshalb kommt der Beschäftigung mit neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen wie dem „Cyberwar“ oder auch der Wirtschafts- und Finanzkrise große Bedeutung zu.

Wie konkret ist denn die Bedrohung aus dem Internet?

ISCHINGER: Es könnte durchaus sein, dass es künftig möglich wird, ohne einen einzigen Panzer in Marsch zu setzen oder eine einzige Bombe abzuwerfen, einem Gegner unermesslichen Schaden zuzufügen – ohne dass der Gegner weiß, woher der Angreifer stammt und wer das ist. Das ist gleichermaßen eine Gefahr für Unternehmen, die von Rivalen ausspioniert oder angegriffen werden, wie für Staaten und deren Institutionen. Das ist ein Thema, dem sich die Sicherheitspolitik zuwenden muss, zu vergleichen mit der Debatte vor einem halben Jahrhundert, als es plötzlich denkbar wurde, dass der Weltraum als mögliche Basis internationaler Kriegsführung dienen kann. Heute stellt sich die Frage, ob es internationale Abmachungen geben kann, damit hier kein neuer Wilder Westen der globalen Auseinandersetzung entsteht. Ohne Regeln droht ein enormes Schadenspotenzial, denkt man zum Beispiel an eine weiträumige Unterbrechung der Stromversorgung oder der Luftüberwachung durch Angriffe im Internet.